

DIE LINKE unterstützt die Volksinitiative »Eine Schule für alle«

DIE LINKE will die »Eine Schule für alle«, weil diese die moderne Schule des 21. Jahrhunderts ist. Wir haben aber auch weitergehende Vorstellungen. Wir wollen zum Beispiel eine moderne Lehrerbildung für die »Eine Schule für alle«. Wir wollen in den Klassen 11 bis 13 die beruflichen Schulen und die gymnasiale Oberstufe im Schulkolleg zusammenfassen und allen das Recht auf Bildung und Ausbildung geben.

Wir wissen, dass die »Eine Schule für alle« nicht umsonst zu haben ist. Ein guter Unterricht mit Förderung der einzelnen Schülerinnen und Schüler ist nur in kleinen Klassen mit gut ausgebildeten und gut bezahlten Lehrerinnen und Lehrern möglich. Dafür wollen wir in einem ersten Schritt 100 Millionen Euro bereitstellen.



DIE LINKE unterstützt die Volksinitiative »Eine Schule für alle«. Sie ruft alle auf:

- Sammelt Unterschriften bei Freunden, Bekannten, Nachbarn, auf Veranstaltungen und Festen.
- Unterschriftenlisten gibt es im Kampagnenbüro der Volksinitiative in der Rothenbaumchaussee 15. Oder Bestellung per E-Mail an info@eineschule.de oder telefonisch unter 040/41 46 33 30. Man kann sich Material auch direkt unter www.eineschule.de herunterladen.
- Bringt die unterschriebenen Unterschriftenlisten ins Kampagnenbüro, damit wir wissen, wie viele Unterschriften wir haben.

Weitere Informationen:

DIE LINKE. Landesverband Hamburg

Kreuzweg 7, 20099 Hamburg

Telefon: 040/22 62 42 14

E-Mail: geschaeftsstelle@hier-ist-die-linke-hamburg.de

und

Eine Schule für alle in Hamburg e.V.

Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg

Telefon: 040/41 46 33 30

Schlauer. Eine Schule für alle.

DIE LINKE.

Von Kita und Vorschule bis zu
Abitur und Berufsausbildung –
Gemeinsam länger lernen

Warum ist DIE LINKE für die »Eine Schule für alle«?

Ende November hat sich in Hamburg die Volksinitiative »Eine Schule für alle« gegründet. Mit der Volksinitiative besteht die reale Chance, die »Eine Schule für alle« endlich auch in Hamburg durchzusetzen.

Was viele nicht wissen: Wir haben bereits eine Einheitsschule: die Grundschule. Das musste selbst die Enquete-Kommission »Konsequenzen der PISA-Studie« der Hamburgischen Bürgerschaft zugeben, in der auch die CDU saß. In ihrem Abschlussbericht heißt es (auf Seite 71): »Als Einheitsschule für alle Kinder wurde die Grundschule in Deutschland 1920 durch das Reichsgrundschulgesetz auf der Grundlage des Artikel 146 der Weimarer Verfassung institutionalisiert«.

Die Grundschule ist die erfolgreichste und beliebteste Schulform in Deutschland. Warum?

- Weil in ihr in breitem Maße moderner und angstreifer Unterricht praktiziert wird.

- Weil in ihr die Kinder aus allen Klassen und Schichten miteinander und voneinander lernen.

- Weil in ihr kein Einheitsunterricht, sondern ein binnendifferenzierter Unterricht gemacht wird, bei dem die einzelnen Kinder individuell gefördert werden. Während bei PISA 2000 Deutschland bei der Lesekompetenz der 15-Jährigen auf dem 21. von 28 Plätzen gelandet ist, hat es bei der Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU) den 11. von 34 Ländern erreicht.

Wenn die Grundschule die erfolgreichste und beliebteste Schulform Deutschlands ist, warum sollen wir sie dann nicht einfach auf die Klassen 5 bis 10 ausdehnen? DIE LINKE will, dass die Kinder nicht bereits nach Klasse 4 auseinandergerissen werden, sondern nach Möglichkeit bis Klasse 10 auf der »Einen Schule für Alle« zusammenbleiben.

- Alle ernstzunehmenden, wissenschaftlichen Untersuchungen und die meisten unvoreingenommenen Menschen wissen, dass das frühe Ein- und Aussortieren Unsinn ist. Kein Lehrer kann prognostizieren, wie sich die Kinder entwickeln



werden. Oft gehen sie danach, ob die Eltern bei den Hausaufgaben helfen, ob sie Nachhilfeunterricht bezahlen können usw. Dadurch landen die Kinder von Vermögenden eher auf dem Gymnasium und der Universität, auch wenn sie nicht schlauer sind. Das ist ungerecht.

- Außerdem ist die »Eine Schule für alle« – wie zum Beispiel in Finnland – effizienter als die angebliche Eliteschule Gymnasium. Nur ein Beispiel: Nach PISA 2000 erreichen in Finnland 18,5 Prozent der 15-Jährigen, in Deutschland aber nur 8,8 Prozent die höchste Lesekompetenzstufe 5.

Warum ist DIE LINKE gegen das »Zwei-Säulen-Modell«

Der CDU-Senat und die SPD-Führung wollen ab 2009 das so genannte »Zwei-Säulen-Modell« aus Gymnasium und »Stadtteilschule« einführen. DIE LINKE ist gegen das Zwei-Säulen-Modell. Warum?

- Das frühe Aussortieren der Kinder nach Klasse 4 geht weiter.

- Es soll einzig und allein das Gymnasium erhalten bleiben.

- Alle anderen Schulformen sollen abgeschafft werden und in die »Stadtteilschule« aufgehen: Hauptschule, Realschule, Aufbaugymnasium, Technisches Gymnasium, Wirtschaftsgymnasium und natürlich die Gesamtschule, die der CDU schon immer weg haben wollte. Warum nicht auch das Gymnasium?

- Den Elternwillen, wonach die Eltern die Schullaufbahn ihres Kindes bestimmen können, gibt es nur nach Klasse 4. Nach Klasse 6 entscheidet die Schule. Den Elternwillen gibt es nach Klasse 6 nicht mehr. Wer im Gymnasium nicht mitkommt, fliegt – wie eh und je – runter.

- Der CDU-Senat kann nicht zählen. Denn: Neben Gymnasium und Stadtteilschule bleiben die Sonderschulen erhalten. Außerdem hat die Bildungssenatorin der CDU, Frau Dinges-Dierig, bereits verkündet, es könne in der Stadtteilschule die äußere Differenzierung in Haupt- und Realschul-Zweige weiterbestehen. Damit hätten wir das überkommene Dreiklassenschulmodell aus Hauptschule, Realschule, Gymnasium (und die regelmäßig übersehenen Sonderschulen).

- Die Stadtteilschule wird für viele Schülerinnen und Schüler eine Sackgasse sein. Jugendliche, die nach Klasse 10 von der Stadtteilschule auf die gymnasiale Oberstufe wechseln wollen, werden dies nur dürfen, wenn sie bestimmte Aufnahmebedingungen erfüllen (derzeit: mindestens den Realschulabschluss mit der Durchschnittsnote 3,0).

- Der CDU-Senat will das Zwei-Säulen-Modell kostenneutral finanzieren. Eine derartige Umorganisation verursacht aber erhebliche Kosten. Woher soll das Geld kommen? Bezahlen werden dies SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern mit Verschlechterungen der Lernbedingungen. Schon jetzt ist geplant, große Teile der schulischen Berufsbildung (wie die »Berufsvorbereitung«) an Billiganbieter outzusourcen.